

Bündnis mit Grenzen

Am 9. Juli 1926 begannen die Guomindang und die KP Chinas den Nordfeldzug. Er verbesserte die Ausgangsbedingungen für die Kommunisten. Das Zusammengehen mit den bürgerlichen Nationalisten musste aber an unterschiedlichen Zielen scheitern

Von Kai Köhler

Das Thema dieses Beitrags ist erklärungsbedürftig. Wer überdurchschnittlich viel über chinesische Geschichte weiß, hat einen vagen Eindruck von der Zerrissenheit des Landes in den 1920er Jahren. Eine auch nur ungefähre Aufzählung der vielen Warlords, die kleine oder auch größere Teile des Landes kontrollierten, und ihrer zahlreichen Auseinandersetzungen vermag wohl fast niemand zu geben. Doch versteht man kaum die Bedeutung von Stabilität für das heutige China, wenn man nicht berücksichtigt, aus welchem Chaos heraus sie im Verlauf vieler Jahrzehnte erkämpft wurde.

Der Nordfeldzug, der offiziell am 9. Juli 1926 begann und der knapp zwei Jahre später mit der Einnahme Beijings endete, ist im Verlauf dieser Ereignisse mehr als nur eine Episode. Die Guomindang wurde damit von einer nur regional herrschenden Partei zur dominanten Kraft in China. Unterstützt wurde sie dabei zunächst von der Kommunistischen Partei und sowjetischen Beratern; exemplarisch lassen sich hier Probleme der Bündnispolitik aufzeigen. Zudem überkreuzen sich Konflikte nationaler Befreiung, regionaler Besonderheiten und kolonialistischer Einmischung.

Die Vorgeschichte

Seit dem ersten Opiumkrieg (1839–1842) hatten imperialistische Mächte die politische und ökonomische Öffnung Chinas erzwungen. Schritt für Schritt wurde das Land auf den Status einer Halbkolonie herabgedrückt. In vielen wichtigen Städten gab es »Konzessionsgebiete« – Areale, in denen europäische Mächte, die USA und Japan ein rassistisches Regime ausübten. Das Scheitern der antikolonialistischen Yihetuan-Revolution 1900, hierzulande als »Boxeraufstand« bekannt, verschlimmerte die Situation. Die Interventionsmächte verübten Massaker, erzwangen weitere Handelsprivilegien und hohe Reparationszahlungen.

Die kaiserliche Regierung sah sich damit vor kaum lösbare Probleme gestellt. Um sich behaupten zu können, musste das Land modernisiert werden; doch eben nur so viel, dass die Monarchie erhalten blieb. Für viele Han-Chinesen war die Mandschu-Dynastie keine glaubwürdige nationale Kraft, galt sie doch

selbst als mongolische Fremdherrschaft. Und was fehlte, war angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Außenbeziehungen Geld.

All dies führte zum einen zur Schwächung der Zentralmacht; die Politik der Provinzen gewann an Bedeutung. Vor allem blieb eine durchgreifende Erneuerung aus. Reformen, die es durchaus gab, stärkten ein Bürgertum, das sich ausländische nationalistische Ideologien aneignete. In den letzten Jahren der Mandschu-Herrschaft gab es eine ganze Reihe von Aufständen, bis endlich 1911/12 eine Revolution gelang, das Kaisertum abgeschafft und eine Republik ausgerufen wurde.

Wesentlicher Machtfaktor dabei war die Beiyang-Armee, der einzige nach westlichem Muster reformierte Großverband der chinesischen Streitkräfte. Ihr Kommandeur, Yuan Shikai, stellte sich auf die Seite der Revolutionäre, nachdem er die Zusicherung erhalten hatte, selbst Präsident zu werden. Im ersten chinesischen Parlament, das von Männern mit Besitztum – etwa fünf Prozent der Bevölkerung – gewählt wurde, gewannen zwar bürgerliche Nationalisten die Mehrheit. Doch putschte Yuan; die Macht, wie Mao Zedong nach einigen weiteren Bürgerkriegen formulieren sollte, kommt eben aus den Gewehrläufen. Die Guomindang wurde zur Oppositionspartei, Sun Yat-sen als ihre wichtigste Persönlichkeit floh ins Exil.

Yuan Shikai scheiterte zwar mit seinem Vorhaben, sich selbst zum Kaiser auszurufen und eine neue Dynastie zu begründen. Doch schaffte er es, bis zu seinem frühen Tod 1916 die Macht auf sich zu konzentrieren. Dies gelang keinem seiner Nachfolger. In den folgenden gut zehn Jahren kämpften Warlords um die Vorherrschaft in China.

Die Kriegsherren

Manche dieser regionalen Herrscher waren ehemalige Beiyang-Offiziere. Bei anderen handelte es sich um Sozialaufsteiger. Zhang Zuolin zum Beispiel hatte in der späten Kaiserzeit seine Laufbahn als Bandit begonnen, war dann zu einer lokalen Miliz gewechselt, die Banditen bekämpfte, und hatte mit dieser Grundlage in den Wirren der Nachrevolutionszeit den gesamten Nordosten Chinas unter seine Kontrolle gebracht – ein Gebiet, das aufgrund seiner Randlage schwer angreifbar war.

Es ist hier nicht möglich, die zahlreichen Konflikte und dauernden Bündniswechsel der Warlords auch nur aufzuzählen. Wichtig ist jedenfalls zum ersten, dass in gebirgigen und verkehrstechnisch noch kaum erschlossenen Provinzen wie Yunnan oder Sichuan Kleinkriege zwischen lokalen Akteuren stattfanden, während im Norden und in den Küstenprovinzen größere Herrschaftsgebiete entstanden. Doch waren diese Gebilde instabil und überdauerten meist nur wenige Jahre. Sobald eine Gruppierung übermächtig zu werden drohte, schlossen sich andere Warlords gegen sie zusammen.

Bündniswechsel waren leicht zu bewerkstelligen, denn die Warlords kämpften für keine Ideologie. Dass es um nationale Einheit ging, glaubte man nicht einmal der Clique, die zufällig gerade Beijing und damit eine zivile Marionettenregierung kontrollierte. Familiäre Beziehungen oder Lehrer-

Schüler-Verhältnisse aus Militäarakademien konnten ein gewisses Maß an Loyalität nahelegen, aber im Zweifelsfall setzte sich das Eigeninteresse durch.

Das galt auch für die Masse der Söldner, die an Geld und Beute Interesse hatten, aber an keinen Inhalten. Die Bürgerkriege brachten Elend über das Land und sorgten so für ihre Fortdauer: An verarmten Bauernsöhnen gab es keinen Mangel. Sichere Bezahlung und die Aussicht auf Plünderungen lockten, der Schlachtentod weniger: Im Ernstfall waren Rückzug oder gar Desertation zweckmäßig.

Dessen ungeachtet intensivierten sich die Kämpfe in den gut zehn Jahren nach 1916. Im Krieg zwischen der Chihli- und der Anhui-Gruppe 1920 wurden drei Provinzen zur Kampfzone, während der Nordexpedition zwölf Provinzen. Dem entspricht eine quantitative und qualitative Aufrüstung. An den ersten Kämpfen nach Yuan Shikais Tod waren etwa 55.000 Soldaten beteiligt. 1926 war die Zahl auf 600.000 gestiegen, bis zum Ende des Nordfeldzugs zwei Jahre später auf 1,1 Millionen. Entsprechend weitete sich die einheimische Rüstungsproduktion aus, zum Beispiel von monatlich 1.200 Artilleriegranaten 1923 auf monatlich 96.000 Granaten 1928. Mitte der 1920er Jahre verfügte jeder einigermaßen bedeutende Warlord zumindest über eine eigene kleine Luftwaffe. Ein Straßennetz fehlte allerdings ebenso wie Kraftfahrzeuge, Kanonen mussten per Hand oder Lasttier gezogen werden, oft über Berge. Artilleristisch wichtig waren darum Panzerzüge, die über große Feuerkraft verfügten.

All dies kostete Geld, und wiederum: Geld war nicht vorhanden. Selbst ein erfolgreicher Warlord wie Zhang Zuolin, dem in seinem isolierten mandchurischen Herrschaftsbereich um 1920 ein ökonomischer Aufbau gelungen war, kam an seine Grenze, als er auf dieser Basis in den Kampf um die Macht im ganzen China eintrat. Die Kriege kosteten so viel Geld, dass es auf eine Ausplünderung der jeweils beherrschten Gebiete hinauslief. Zuweilen mussten Bauern nicht nur die Steuern für das laufende, sondern auch für das folgende Jahr entrichten. Wenn danach der Machthaber gewechselt hatte, war dies natürlich kein Argument, nicht erneut zahlen zu müssen. Truppen, die nur unregelmäßig Sold erhielten, beschlagnahmten Teile der Ernte. Wenn überhaupt, wurde dafür in der Währung der regionalen Machthaber gezahlt, von der jeder wusste, dass sie nichts wert war.

Die Gegenkräfte

Die Guomindang richtete sich gegen ausländischen Kolonialismus und das destruktive Handeln der Warlords. Sie war für eine nationalistische Modernisierung. Genauer lässt sich schwer sagen. Sie vertrat bürgerliche Händler, die unter den Privilegien der Fremden litten, aber mit denen Geschäfte machten. Ebenso vertrat sie ländliche Grundbesitzer, aber auch das Interesse der ganzen Nation, deren Angehörige mehrheitlich unter den Grundbesitzern litten. Ob und in welchem Maße die nationale Befreiung auch von sozialen Reformen begleitet sein müsse, war umstritten. Die Guomindang war also eine von Widersprüchen gekennzeichnete Partei und neigte zu Fraktionskämpfen, die nach dem Tod der Integrationsfigur Sun Yat-sen 1925 immer wieder bürgerkriegsartigen Charakter annahmen.

Anders als in den Kriegen der Warlords ging es dabei jedoch stets auch um politische Fragen. Dies zeigt sich in der Frühgeschichte der Parteiarmee, die tatsächlich die Armee einer Partei sein sollte, also Mittel zu einem Zweck und nicht der Zweck selbst. Nach mehreren Fehlschlägen war es der Guomindang 1923 gelungen, ein Gebiet um Guangzhou zu sichern. Indessen war die Lage prekär, und ohne ausländische Hilfe ging es nicht. Die UdSSR bot Unterstützung an. Mit Hilfe sowjetischer Berater wurde nach dem Muster der roten Truppen aus dem russischen Bürgerkrieg eine Armee aufgebaut, die sich von den Streitkräften anderer chinesischer Kriegsparteien unterschied. Dies ging bis zur Einsetzung von Politkommissaren, die den militärischen Kommandeuren gleichgeordnet waren.

Viele dieser Stellen waren von Kommunisten besetzt. Die chinesische KP war jung, und nach ihrer Gründung 1921 bestand sie aus wenigen hundert zumeist intellektuellen Mitgliedern. Die Komintern entschied, dass diese noch kleine Partei nicht nur ein Bündnis mit der Guomindang eingehen, sondern auch in ihren Strukturen mitarbeiten sollte. So gab es zahlreiche Doppelmitgliedschaften, und Kommunisten waren auch in Leitungsgremien der Guomindang vertreten.

Durch diese Wirkungsmöglichkeiten wurde die KP Chinas in dieser Phase zum ersten Mal zu einer ernstzunehmenden Kraft. Dabei blieben wichtige theoretische Fragen ungeklärt, die von großer praktischer Relevanz waren. Unstrittig ging es in China zunächst um eine nationale Befreiung, und die kleine bürgerliche Schicht war sogar noch weit von der Bedeutung entfernt, die sie im vorrevolutionären Russland gehabt hatte. Andererseits kann eine KP sich niemals damit begnügen, nur das Geschäft der jeweiligen nationalen Bourgeoisie zu betreiben, auch lag der ermutigende Erfolg in Russland erst wenige Jahre zurück. So war und blieb ungeklärt, wie weit die soziale Revolution innerhalb der nationalen Befreiung vorangetrieben werden sollte. Dies führte zu Widersprüchen, die bereits vor Beginn des Nordfeldzugs unübersehbar wurden.

Konflikte im Vorfeld

Militärisch ließ sich die Vorbereitung allerdings gut an. Zwei von sowjetischen Beratern geplante Kampagnen gegen lokale Warlords sicherten im Frühjahr und Herbst 1925 die Provinz Guangdong als Ausgangsbasis und brachten der Guomindang-Armee die Kampferfahrung, die gegen mächtigere Gegner unabdingbar war. Auch Kommunisten bewährten sich als Kämpfer und Politoffiziere. Zugleich konnten sie die notwendigen Träger organisieren.

Nachdem britische Kolonialtruppen am 30. Mai 1925 in Shanghai das Feuer auf Demonstranten eröffnet hatten, kam es auch an anderen Orten zu Protesten gegen die Fremdherrschaft. Im Grundsatz waren sich KP und Guomindang in diesem Punkt einig. Dies galt auch, nachdem am 23. Juni britische und französische Truppen in Guangzhou mehr als fünfzig Demonstranten ermordeten. Die Folge war ein gegen die britische Kolonie Hongkong gerichteter Streik; die Wirtschaft Hongkongs war vom Hinterland abhängig und insbesondere vom nahen Guangzhou, einem Hauptpunkt des chinesischen Handels- und Industriekapitals.

Das kommunistische Interesse lag darin, den Konflikt antiimperialistisch zuzuspitzen und zugleich das städtische Proletariat in eigenen Gewerkschaften - und zwar gegen die Korporationen der Guomindang - zu organisieren. Die bürgerlichen Bündnispartner hingegen hatten bei allem Nationalismus auch das einheimische Kapital im Blick, das trotz einiger Ausweichhäfen auf die Dauer unter dem Boykott von Hongkong litt. Zudem war eine Befreiung Chinas ohne die nötigen Finanzmittel nicht möglich. Ausreichende Einnahmen waren durch einen Streik erschwert, der mögliche Geldgeber finanziell belastete und zudem durch die Bezahlung der Streikenden vor allem kostete.

Der wichtigste Offizier der Guomindang war Chiang Kai-shek, Kommandant der Whampoa-Militärakademie und somit als Lehrer Bezugspunkt der folgenden Generation von Offizieren. Chiang hatte 1923 drei Monate in Moskau verbracht und von dort das System der Politkommissare mitgebracht. Er galt als Vertreter des linken Flügels der Partei und wurde von den Warlords als »roter General« titulierte. Am 20. März 1926 putschte Chiang in Guangzhou. Seine Aktion richtete sich gegen links; zahlreiche Kommunisten wurden inhaftiert (unter ihnen Zhou Enlai, der Politchef von Whampoa), von ihnen kontrollierte Streikbüros geschlossen.

Die Auseinandersetzung war eine vorläufige. Der von Chiang geplante Nordfeldzug war ohne sowjetische Unterstützung noch nicht durchzuführen. Die Verhafteten wurden freigelassen, die Streikkomitees arbeiteten bald wieder. Die KP verlor zwar ihre Positionen in der Whampoa-Akademie und in mehreren Armeeeinheiten, also im bewaffneten Apparat, konnte aber wieder innerhalb der Guomindang arbeiten. Auch der rechte Flügel der Partei wurde gerupft; so wurde der strikt antikommunistische Polizeichef von Guangzhou entlassen. Chiang Kai-shek hatte sich als Zentrist etabliert. Als Oberkommandierender der »Nationalrevolutionären Armee« gewann er eine zentrale Machtstellung; bald sollte sich die Frage stellen, ob die Partei eine Armee hatte oder umgekehrt die Armee eine Partei. Am 9. Juli 1926 übernahm er offiziell seine Funktion, wobei die Kämpfe schon zuvor begonnen hatten.

Die erste Kriegsphase

Zusammengefasst: Welche hauptsächlich Kräfte gab es zu diesem Zeitpunkt? Die Guomindang hatte etwa 100.000 Mann unter Waffen: gut ausgebildet, zum großen Teil ideologisch motiviert, aber mit einem Mangel an schwerer Ausrüstung. Die drei mächtigsten Warlords verfügten zusammen über etwa die zehnfache Anzahl an Soldaten. Neben Zhang Zuolin im Nordosten handelt es sich um Wu Peifu, der die zentralen Provinzen Hunan und Hubei beherrschte, und Sun Chuanfang, der sich im Osten (Jiansu, Anhui, Jiangxi, Zhejiang, Fujian) festgesetzt hatte.

Diese Überlegenheit wurde dadurch relativiert, dass jeder der drei an der Schwächung der je beiden anderen interessiert war und jedenfalls so lange möglichst wenig eigene Truppen opfern wollte, wie die Guomindang nicht als Bedrohung für das Gesamtsystem erkannt war. Der Plan für den Nordfeldzug sah zwar Vorstöße in das Gebiet von Wu und später Sun vor (Zhangs mandschurischer Machtbereich lag vorerst fernab), doch sollte Sun so lange wie möglich neutral gehalten werden.

Ein weiterer Faktor waren die Kolonialmächte, die in wichtigen Städten an der Küste und am Jangtse-Fluss Konzessionsgebiete besaßen. Diese konnten leicht von Kämpfen betroffen werden; die Sorge vor ausländischen Interventionen – oder die Hoffnung darauf – bestimmten Strategie und Taktik der folgenden Jahre mit.

Im Frühjahr 1926 waren die nördlichen Warlords vor allem mit der Bekämpfung der Gouminjun des Marschalls Feng Yuxiang beschäftigt. Wie die Guomindang, bekam auch Feng sowjetische Unterstützung und arbeitete bis 1927 mit Kommunisten zusammen; unter anderem war der junge Deng Xiaoping von der Komintern zu seiner Unterstützung entsandt. Feng stimmte seine Aktionen mit der Guomindang ab, jedenfalls bis der Nordfeldzug im Juni 1928 mit der Einnahme Beijings seinen Abschluss fand. Danach begann eine weitere Runde von Bürgerkriegen. Für Frühjahr und Sommer 1926 aber ist wichtig, dass sich Wu Peifu nicht auf die Provinz Hunan konzentrieren konnte, die an den Norden von Guangdong grenzte und das erste Angriffsziel des Nordfeldzugs wurde.

Hier hatte sich bereits im Frühjahr Tang Shengzhi, der Kommandeur der stärksten von Wu in Hunan stationierten Divisionen, gegen den Gouverneur der Provinz gewandt. Tang erzielte anfangs Erfolge und wollte kein Bündnis mit auswärtigen Kräften, die wiederum ihn als Herrscher der Provinz einschränken würden. Als es aber Wu gelang, die Gouminjun zurückzudrängen, und er seine Kräfte in Hunan verstärken konnte, geriet Tang in Bedrängnis. In dieser Lage entschied sich Tang für eine Zusammenarbeit mit der Guomindang und bald auch dafür, seine Division deren Truppen einzugliedern.

Die Division wurde dabei zur »Armee« aufgewertet, mit entsprechender Beförderung Tangs. Dies zeigt ein Muster, das besonders in der ersten Phase des Nordfeldzugs von Bedeutung war: Karriereinteressen gegnerischer Truppenkommandeure wurden ausgenutzt, und eine gute Bezahlung konnte deren Interesse an einer nationalrevolutionären Befreiung durchaus befördern. Dabei nutzte die Guomindang regionale Sonderinteressen: Als sie von September 1926 an auch in die von Sun Chuanfang beherrschte Provinz Fujian vorstieß, halfen ebenso wie später in Zhejiang Ressentiments gegen nordchinesische »Fremde« dabei, Überläufer zu finden. In der letzten Phase des Nordfeldzugs, als bereits Beijing das unmittelbare Ziel war, kamen Seitenwechsel dann deutlich seltener vor.

Doch zunächst zerstörten Seitenwechsler immer wieder die Pläne von Warlords für eine geregelte Verteidigung. Bereits am 11. Juli fiel Changsha, die Hauptstadt Hunans. Im August überschritten Truppen der Guomindang die Grenze nach Hubei. In zwei Schlachten Ende August an strategisch wichtigen Brückenübergängen verlor Wu einen Großteil seiner Armee. Während seine Truppen in der Hauptstadt Wuchang – heute Stadtteil von Wuhan – noch bis zum 10. Oktober einer Belagerung standhielten, scheiterte Wu schon Mitte September bei dem Versuch, im gebirgigen Norden Hubeis eine Verteidigungsstellung zu errichten. Er zog sich nach Henan weiter nördlich zurück; wenngleich er Teil eines Bündnisses gegen die Guomindang blieb, hatte er eine eigenständige Machtstellung eingebüßt.

Als langwieriger erwies sich der Kampf gegen Sun Chuanfang. Auch hier setzte die Guomindang erfolgreich auf Widersprüche im Lager des Gegners. Einen Großteil seiner Armee verlor Sun durch Seitenwechsel oder Desertation. Doch verfügte er über einen harten Kern relativ gut ausgerüsteter Einheiten, die durch Disziplin und Hinrichtungen in den Kampf gezwungen wurden. So gelang es ihm eine Zeitlang, Rückschläge auszugleichen. Im letzten Septembertertel eroberte er den größten Teil von Jiangxi zurück. In der Provinzhauptstadt Nanchang ließ er Hunderte von wirklichen und vermeintlichen Guomindang-Sympathisanten hinrichten und die abgeschlagenen Köpfe ausstellen; ein Beispiel von vielen dafür, wie brutal die Bürgerkriege geführt wurden. Im Oktober brachte Sun eine Rebellion in der Provinz Zhejiang unter Kontrolle – freilich um den Preis, Kräfte aus Jiangxi abzuziehen und diese Provinz sowie die Küstenprovinz Fujian zu verlieren.

Sun verblieben drei Provinzen und die Erkenntnis, den Gegner unterschätzt zu haben. Mit anderen Warlords schloss er daraufhin seine Kräfte zu einer »nationalen Befriedungsarmee« zusammen. Den Oberbefehl bekam Zhang Zuolin, der in seiner mandschurischen Position bislang keine Verluste erlitten hatte und nun in eine zentrale Machtposition rückte. Als es am 11. Dezember zu einer weiteren Rebellion gegen Sun in Zhejiang kam, war klar, dass es nun um diese Provinz und in der Folge um die Verfügung über Shanghai gehen würde.

Politische Folgen

Innerhalb weniger Monate hatte die Guomindang vier Provinzen neu unter ihre Kontrolle gebracht. Dies war zum einen möglich durch Ausbildung und ideologische Führung ihrer Truppen. Oft wurden diese als Befreier begrüßt; schon vor dem jeweiligen Einmarsch hatten mehrfach Kommunisten oder Guomindang-Mitglieder Kundschafterdienste geleistet oder Sabotageakte verübt. Die bäuerliche Bevölkerung sah, dass die Befriedungsarmee sich besser verhielt als die Soldateska zuvor. Die neuen Machthaber zahlten für Nahrungsmittel, statt zu plündern, und entlohnten Träger, statt sie als Sklaven zu behandeln und dann halbtot am Wege liegen zu lassen.

Der rasche Erfolg war auch durch Verhandlungen mit Überläufern möglich gewesen. Dies aber bedrohte den Charakter der Truppe. Zwar bekamen auch die neu eingegliederten Armeen Politkommissare, doch qualifiziertes Personal war knapp, und die Übernahme des Systems blieb oft äußerlich. Die Erfolge gegen die Warlords warlordisierten die Truppe. Regionale Egoisten für einen nationalen Einigungskrieg auszunutzen, ermöglichte zwar zunächst Siege. Es führte aber auch nach der Einnahme Beijings 1928 zu neuen Spaltungen.

Aus kommunistischer Sicht hatte sich das Bündnis mit der Guomindang, trotz aller Konflikte, als nützlich erwiesen. Die KP verfügte über eine Region, in der sie sich ohne Verfolgungsdruck aufbauen und politische Erfahrungen sammeln konnte. An der Whampoa-Akademie wurden Kader militärisch ausgebildet (im späteren Bürgerkrieg gegen die Guomindang standen sich Absolventen derselben Schule, teils desselben Jahrgangs gegenüber). Sie erwarben Praxis im Kampf und beeinflussten als Politkommissare zahlreiche Rekruten.

Wu Peifu und Sun Chuanfang hatten alle Versuche von Arbeitern und Bauern, sich zu organisieren, brutal unterdrückt. In den befreiten Provinzen gab es für

einige Monate die Möglichkeit, offen kommunistisch aufzutreten. In Changsha und der städtischen Agglomeration Wuhan organisierte die KP Gewerkschaften. Auf dem Land entstanden Bauernvereine. Vor Beginn des Nordfeldzugs verzeichneten die Kommunisten gut 43.000 Mitglieder ländlicher Assoziationen in Hunan, Hubei und Jiangxi; Ende 1926 seien es allein in Hunan und Hubei 1,5 Millionen gewesen. Auch wenn unter den Bedingungen des Krieges genaue Zahlen nicht zu haben waren und es an Kadern fehlte, um aus allen Beteiligten eine schlagkräftige Organisation zu formen: Mit Sicherheit hatten sich die Bedingungen des sozialen Kampfes verändert. Für Bauernpolitik in seiner Heimatprovinz Hunan war auch Mao Zedong zuständig.

Die von Grundbesitzern unterdrückten, teils in großem Elend lebenden Bauern wollten Veränderungen sofort. An vielen Orten attackierten sie ihre Ausbeuter, an vielen Orten ermordeten von Grundbesitzern bezahlte Banden aufmüpfige Bauern. Es drohte ein Bürgerkrieg im Bürgerkrieg.

Das bedeutete eine Gefahr für den weiteren Erfolg des Nordfeldzugs. Die Kommunisten konnten und wollten die Bauern nicht verraten und sahen zugleich, dass ein Bündnis mit der Guomindang weiterhin notwendig war. Deren Offiziere aber waren oft Söhne von Grundbesitzern, denen es nun an den Kragen ging. Der Punkt, an dem bürgerlich-nationale und proletarisch-bäuerliche sozialistische Revolution nicht mehr zusammengehen würden, rückte näher. Die Frage, wer daraus zuerst Konsequenzen ziehen würde, wurde dann 1927 beantwortet.

→ Kai Köhler schrieb an dieser Stelle zuletzt am 22. Mai 2026 über den Sammelband »Word Art + Gesture Art = Tone Art«: [»Jenseits einfacher Formeln«](#).

<https://www.jungewelt.de/artikel/525757.china-buendnis-mit-grenzen.html>